

Dieses Risiko ist noch größer als Trumps Rückzug aus Europa



Von **Stefanie Bolzen**
Korrespondentin in Washington

Veröffentlicht am 11.12.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Merz und Trump in Sharm el-Sheik

Quelle: Michael Kappeler/dpa

Europa fürchtet sich vor weiteren russischen Aggressionen, sollte der Ukraine-Krieg enden. Deshalb bereitet auch ein möglicher Rückzug Trumps Sorge. Aber die viel größere Gefahr für den Kontinent liegt laut einer renommierten Risiko-Analyse in einem Szenario, das die wenigsten Deutschen erkennen.

Donald Trumps scharfe Kritik an Europa hat den Kontinent erschüttert. Mit seinem Interview bei „Politico“ (<https://www.welt.de/politik/ausland/article6937cfc1c3b4893a9e2b2a42/us-praesident-im-interview-trump-fordert-von-europas-politischer-fuehrung-andere-migrationspolitik.html>), das wie WELT zu Axel Springer gehört, und der kurz zuvor veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie teilt der US-Präsident heftig gegen die Partner auf der anderen Seite des Atlantiks aus.

Das Abwenden der USA geht über sicherheitspolitische Aspekte hinaus. Es ist gepaart mit der direkten Einmischung in die Politik europäischer Regierungen. In der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie fordert Washington ein Ende der Massenmigration, geißelt die vermeintlich eingeschränkte Meinungsfreiheit und impliziert negative Konsequenzen für die Kooperation, sollten die Länder Europas „ihren Pfad nicht ändern“. Das Jahresende beschert einen historischen Riss im transatlantischen Verhältnis.

Dabei ist der angekündigte Rückzug der USA als Garant europäischer Sicherheit nicht einmal das größte Risiko, das dem alten Kontinent 2026 bevorsteht. „Das Risiko mit der höchsten Wahrscheinlichkeit ist ein schwerer Angriff auf kritische Infrastrukturen der EU. Hybride Kriegsführung wird für das kommende Jahr als die größte Bedrohung der EU und als Risiko mit den größten Auswirkungen eingeschätzt“, sagt Veronica Anghel, die die internationale Risiko-Studie am European University Institute koordiniert hat. Das Ergebnis der Bewertungen durch mehr als 500 Politik- und Sicherheitsexperten liegt WELT exklusiv vor (<https://europeangovernanceandpolitics.eui.eu/global-risks-eu/>) .

Vor einem Jahr hatten die Experten treffend vorhergesagt, dass ein sicherheitspolitischer Rückzug (<https://www.welt.de/politik/ausland/plus255255856/Konflikte-2025-Dieses-Risiko-ist-noch-groesser-als-Putins-Atomwaffen.html>) der USA für Europa im Jahr 2025 das größte Risiko darstellten. Verbale Attacken durch die Trump-Administration und nun in Form der Sicherheitsstrategie sind mittlerweile an der Tagesordnung. Was die etablierten Parteien in Europa wie auch die Einheit der Europäischen Union schwächt und derweil europäische Extremisten wie auch Russland stärkt. Absehbar könnte sich Washingtons Anti-EU-Haltung beispielsweise in der Reduzierung von US-Truppen aus Europa niederschlagen.

Doch parallel bilden sich andere Risiken für Europa heraus, wie die Studie für 2026 festhält. Wladimir Putins bald vier Jahre währender Aggressionskrieg in der Ukraine geht über die Grenzen des Landes hinaus: Europas Staaten müssen täglich hybride Angriffe abwehren. Von Cyberattacken auf Bundestagsinfrastruktur über russische U-Boot- und Schiffsaktivität nahe Gas- und Internetkabeln oder Brandanschläge auf Bahnverbindungen bis hin zu Territorialverletzungen durch russische Militärjets und U-Boote.

Die Experten warnen zugleich, dass die derzeitigen Resilienzmaßnahmen der EU nicht ausreichen. Seit Putins Überfall der Ukraine konzentriert sich Europa vor allem auf konventionelle Verteidigung. Doch Angriffe auf Energie-, Digital- und Verkehrssysteme müssten genauso stark in Strategien zum Schutz der Menschen in Europa mitgedacht werden – von der Abwehr von Attacken bis hin zur schnellen Reparatur.

Verteidigung der kritischen Infrastruktur wird immer wichtiger

„Europas Abschreckung und Verteidigung hängt in Zukunft nicht nur von Investitionen in klassische militärische Instrumente. Sie werden auch vom Schutz der kritischen Infrastruktur Europas und schnellen Reparaturprotokollen abhängen“, fasst Anghel die Analyse zusammen.

Als ein weiteres großes Risiko mit hoher Wahrscheinlichkeit werten die Studienautoren eine „für Russland günstige Waffenruhe in der Ukraine“. Die Sicherheit der EU würde direkt durch ein prorussisches Friedensabkommen bedroht, das die territorialen Gewinne Moskaus festschreiben, Aggression belohnen und die langfristige Lebensfähigkeit der Ukraine als souveräner, demokratischer Staat untergraben würde, heißt es in der Studie. Ein „russischer Frieden“ würde zudem signalisieren, dass die EU nicht in der Lage ist, ihr eigenes Sicherheitsumfeld zu gestalten oder zukünftige Bedrohungen durch Russland abzuwehren.

Ebenfalls als hohes Risiko bewertet wird die Aussicht, dass Russland neue Militäraktionen in Nicht-Nato-Staaten beginnt. Fokus ist der Schwarzmeerraum, und hier besonders Moldawien und Georgien.

Von Europa weit entfernt, aber ebenfalls mit hohem Risiko verbunden ist der Konflikt zwischen China und Taiwan. Die US-Administration hat zuletzt einen Schwenk gemacht weg von einer Position, in der China als erster Gegner der USA galt und somit eine Verpflichtung bestand, Taiwan im Angriffsfall beizustehen. Davon ist in Trumps zweiter Präsidentschaft nicht mehr so kategorisch die Rede. Vielmehr kommt der Ruf aus Washington, Taipeh müsse für seine Verteidigung im Ernstfall selbst eintreten.

„Es gibt derzeit eine klare Lesart der US-Außenpolitik, dass sie nicht mehr glaubwürdig hinter Sicherheitsgarantien stehen, die einst für Taiwan erwartet wurden“, so Anghel. „Gleichzeitig ziehen sich die USA in noch stärkerem Maße von Sicherheitsgarantien für die Europäer zurück.“ Ein direkter Konflikt zwischen Taiwan und China und das folgende Ausbleiben eines militärischen US-Engagements hätten einen gefährlichen Vorbildeffekt für die transatlantischen Sicherheitsverpflichtungen und damit Russlands aggressive Ambitionen.

Stefanie Bolzen (<https://www.welt.de/autor/stefanie-bolzen/>) *berichtet für WELT seit 2023 als US-Korrespondentin aus Washington, D.C. Zuvor war sie Korrespondentin in London und Brüssel.*